

Erklärung der (ehemaligen) Arbeitsgruppe Immissionen zum Protokoll der Sitzung des Agenda-Forums vom 28.1.2016, Tagesordnungspunkt 2

Zu der von der Verwaltung angeführten Argumenten

- Der Inhalt von Flyer und Schreiben wurde nicht mit der Verwaltung/dem Fachamt abgestimmt; aus haushaltsrechtlichen Gründen kann daher keine Auszahlung vorgenommen werden
- Das Agenda-Logo hätte unter diesen Umständen nicht verwendet werden dürfen, da es sich in diesem Fall um kein Agenda-Projekt handelt, sondern um einen Aufruf der AGVL

nehmen wir wie folgt Stellung.

1. Alleiniges Entscheidungsgremium der Lokalen Agenda Leonberg ist das Agenda-Forum. Nur dort wird auch über die Verwendung der Agenda- Mittel entschieden. Die Gruppe Immissionen hat dort ordnungsgemäß ein Budget für das Projekt 'Lärmaktionsplan' beantragt und genehmigt bekommen. Als Sprecher der Gruppe habe ich in jedem Agenda-Forum des letzten Jahres über das Projekt berichtet und darauf hingewiesen, dass mit dem Budget die Öffentlichkeitsarbeit für dieses Projekt finanziert werden sollte. Zuletzt habe ich dies in der Oktobersitzung ausführlich getan. Ich habe dabei immer darauf hingewiesen, dass wir gerne mit der Verwaltung und dem Gemeinderat zusammenarbeiten. Von Seiten der Verwaltung gab es dazu keine Äußerungen, weder Anregungen noch Kritik. Somit haben wir unsere Abstimmungspflichten im Sinne der Grundsätze der Lokalen Agenda erfüllt.
2. Eine spezielle Abstimmung des Inhalts des Flyers und des Gemeinderatsschreibens war nicht notwendig. Eine solche Verpflichtung ist weder in den 'Grundsätzen der Lokalen Agenda 21 Leonberg' enthalten, noch kann sie daraus abgeleitet werden. Ganz im Gegenteil: Im Organisationsbild der Lokalen Agenda (siehe Anlage) beschränken sich die Aufgaben der Verwaltung auf die Beratung und die Unterstützung der Arbeitsgruppen. Eine Beratungs- oder Abstimmungspflicht einer Agenda-Gruppe für eine einzelne Maßnahme/Aktion mit der Verwaltung oder gar mit einem einzelnen Fachamt ist daraus nicht zu entnehmen. Es gibt dazu keinerlei förmliche Regelung.
3. Es kann daher kein Haushaltsrecht berührt sein, zumal die Verwaltung bisher keine konkrete Bestimmung des Haushaltsrechts genannt hat, welche verletzt worden sein soll. Somit hat die Verwaltung nach unserer Ansicht eigenmächtig gehandelt.
4. Die Entscheidung über die genaue Form der Öffentlichkeitsarbeit im Projekt Lärmaktionsplan mussten wir sehr kurzfristig treffen, da die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme ursprünglich nur 6 Wochen betrug und wir vor der Einbringung in den Gemeinderat im Oktober letzten Jahres über die Inhalte des Vorentwurfs des Lärmaktionsplans keinerlei Informationen hatten. Wir entschieden uns nach der Analyse des Vorentwurfs und nach Abwägung anderer Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit kurzfristig für die Verteilung eines Flyers. Die Erstellung, Druck und Verteilung erfolgte unter enormem Zeitdruck. Sofort nach der inhaltlichen Fertigstellung des Flyers habe ich das Agenda-Büro per Mail informiert. Eine Abstimmung im Agenda-Forum wäre schon rein zeitlich deshalb nicht möglich gewesen. Für diesen Zeitdruck war die Verwaltung verantwortlich, nicht wir.

5. Bei dem Flyer handelt es sich nicht um ein eigenständiges Agenda-Projekt, wie es die Verwaltung umdeutet, sondern nur um eine einzelne Aktion im Rahmen des genehmigten Agenda-Projekts 'Lärmaktionsplan'. Über solche Aktionen müssen die Agenda-Gruppen selbst entscheiden können, da das Agenda-Forum selten tagt. Die praktische Arbeit wäre sonst völlig unmöglich. So wurde dies auch immer gehandhabt.
6. Der Flyer ruft zu einer offiziellen Bürgerbeteiligung auf. Eigentlich müsste die Verwaltung froh sein, dass sich eine Agenda-Gruppe für eine möglichst hohe Beteiligung bei einem solch wichtigen Agenda-Thema engagiert. Wir haben dafür viel Lob aus der Bevölkerung bekommen. Es ist geradezu grotesk, dass die Verwaltung fordert, dass Meinungsäußerungen einer Agenda-Gruppe zu einer Bürgerbeteiligung der Abstimmung mit der Verwaltung bedürfen. Die Bürgerbeteiligung selbst ist der Abstimmungsprozess. Eine mit der Verwaltung vorabgestimmte Meinungsäußerung innerhalb des Bürgerbeteiligungsprozesses würde dem Sinn einer Bürgerbeteiligung widersprechen. Eine solche Forderung kann daher nur als Versuch gewertet werden, kritische Äußerungen einer Agenda-Gruppe zu unterbinden und somit fragwürdigen Einfluss auf den demokratischen Prozess einer Bürgerbeteiligung zu nehmen.
7. Der Flyer war eine gemeinsame Aktion der Arbeitsgruppe Immissionen und der AGVL und nicht nur der AGVL. Daran ändert die versuchte Umdeutung der Verwaltung nichts. Schon seit einigen Jahren sind die beiden Gruppen personell identisch, weil die Themen identisch sind. Ein Flyer oder Brief mit beiden Logos ist daher nichts Neues und entspricht den bisherigen Gepflogenheiten. Gemäß eines früheren Beschlusses des Agenda-Forums verwendeten wir das Logo ordnungsgemäß mit dem Zusatz 'Arbeitskreis Immissionen'. Somit wurde deutlich gemacht, dass wir nicht für die gesamte Agenda, sondern nur für die Gruppe Immissionen bzw. die AGVL sprechen. Wo hier plötzlich ein Problem sein soll, ist nicht nachvollziehbar. Wir können uns nicht in der Mitte teilen. Es gibt keine ehrenamtliche Arbeit erster und zweiter Klasse. Im Übrigen praktizieren wir damit schon seit vielen Jahren als 'Klammer' zu den Bürgervereinen das diesjährige Jahresthema.

Vor diesem Hintergrund stellen wir fest:

Die Argumente der Stadtverwaltung sind unhaltbar. Die Arbeitsgruppe Immissionen hat ein Recht auf die Bezahlung der Kosten des Flyers und des Gemeinderatsbriefes und bittet daher darum, dass dies umgehend geschieht. Weiterhin bitten wir darum, dass diese Erklärung gemäß § 38 der Gemeindeordnung dem Protokoll beigefügt wird. Sollte keine rasche Auszahlung möglich sein, bitte ich, als zur Zeit der Sitzung Noch-Mitglied eines beratenden Gemeinderats-Ausschusses, die Angelegenheit dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen. Immerhin warten wir nun schon seit fast 3 Monaten auf unser Geld.

Davon unberührt bleibt die einstimmig getroffene Entscheidung der Arbeitsgruppe Immissionen bestehen, aus der Lokalen Agenda 21 Leonberg auszutreten, welche ich hiermit noch einmal bestätige.

Nach Ansicht der Gruppe Immissionen ist ein Weiterarbeiten in der Lokalen Agenda unmöglich. Wir sind nicht bereit, uns von der Verwaltung einen 'Maukorb' verpassen zu lassen, schon gar nicht, wenn es um eine offizielle Bürgerbeteiligung geht. Darüber hinaus ist aufgrund der Verhaltensweise der Verwaltung die Basis für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit zerstört. Wir möchten betonen, dass es uns dabei nicht um das Geld geht, sondern um die qualitativ gute Fortführung

unserer Arbeit im Sinne unserer Agenda- Themen und um eine kleine Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit zum Wohle der Stadt.

Den anderen Agenda-Gruppen wünschen wir für ihre weitere Arbeit alles Gute. Wir bedauern dies unschöne Entwicklung und bedanken uns bei allen Mitgliedern der Agenda, die uns in den vielen Jahren unterstützt haben. Wir sind selbstverständlich weiterhin offen für konstruktive Zusammenarbeit.

Leonberg, 15.2.2016

Ewald Thoma

- Sprecher der Arbeitsgruppe Immissionen –

Anlage Organisationsbild der Lokalen Agenda (Quelle: Homepage der Stadt Leonberg)

